Stadt EMDEN

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.11.2025
Beginn der Sitzung:	17:00 Uhr
Ende der Sitzung:	17:38 Uhr
Sitzungsort:	Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Renken, Bernd

SPD-Fraktion
Kruse, Doris — für Harald Hemken
Stomberg, Holger
Strelow, Gregor
Winter, Maria

CDU-Fraktion
Heidrich, Wolfram — für Reinhard Hegewald

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Borchers, Sebastian

FDP-Fraktion
Schreitling, Nico

Fraktion DIE LINKE.
Luitjens, Stefan

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst

von der Verwaltung
Sommer, Michael
Schröder, Christine

Protokollführung
Klaaßen, Celina

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 06.11.2025

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

TOP 4 Übersicht der zu erwartenden Mittel aus den diversen Sonderprogrammen von Bund und Land
Vorlage: 18/1783

Herr Jahnke erklärt, dass eine Präsentation erstellt worden sei, um den aktuellen Sachstand zu den erwarteten Fördermitteln darzustellen. Er betont, dass es erfreulich sei, dass Bewegung in die Förderthematik gekommen sei und mit nennenswerten Mitteln gerechnet werden könne. Die Investitionsprogramme von GME und Kernhaushalt im laufenden Jahr würden insgesamt rund 40 Mio. € umfassen und im kommenden Jahr voraussichtlich noch höher ausfallen. Angesichts der erheblichen Haushaltsdefizite, der notwendigen Aufnahme von Liquiditätskrediten sowie der stark steigenden Zinsbelastungen müsse nahezu jede Investition kreditfinanziert werden. Vor diesem Hintergrund sei es besonders positiv, dass nun Fördermittel in Aussicht stünden. Die Präsentation solle sowohl den aktuellen Sachstand als auch die finanziellen Konsequenzen für die Stadt verdeutlichen.

Weiter stellt er die Übersicht der zu erwartenden Mittel aus den diversen Sonderprogrammen von Bund und Land anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist hier einsehbar.

Herr Renken bedankt sich für den Vortrag sowie die gelungene Übersicht und bittet um Wortmeldungen.

Herr Strelow begrüßt, dass sich eine Verbesserung der finanziellen Lage abzeichne, nachdem die vergangenen Monate von erheblichen Belastungen geprägt gewesen seien. Er fragt, bis wann mit einer Festlegung des Verteilungsschlüssels durch das Land zu rechnen sei und ob dies noch im laufenden Jahr erfolgen könnte. Weiterhin bittet er um Klarstellung, ob die Verwaltung

empfehle, die zu erwartenden Fördermittel zur Deckung der laufenden Ausgaben zu verwenden, um zusätzliche Kreditaufnahmen zu vermeiden. Zudem erkundigt er sich nach den aktuellen Kreditzinsen sowie nach möglichen steuerlichen Auswirkungen der gemeldeten Gewinneinbrüche beim Volkswagen-Konzern. Er möchte wissen, wann der nächste Abstimmungstermin mit VW stattfinden werde.

Herr Jahnke entgegnet, dass der Zeitpunkt der Festlegung des Verteilungsschlüssels unerheblich sei, da die Mittel letztlich ohnehin kämen.

Des Weiteren teilt er mit, dass in diesem Jahr erneut ein Steuergespräch mit Volkswagen stattfinden werde. Er macht jedoch deutlich, dass seine Erwartungshaltung hinsichtlich möglicher positiver Entwicklungen oder Einnahmen aus diesem Gespräch sehr gering sei. Er erläutert, dass aufgrund der schlechten Geschäftsergebnisse, der schwierigen Lage in Deutschland sowie der Abspaltung von Porsche kaum mit nennenswerten Steuerzahlungen zu rechnen sei. Die Umstrukturierung des Konzerns sei zudem noch nicht abgeschlossen. Dies sei für die Stadt in ihrer angespannten Haushaltssituation besonders problematisch.

Zu den Zinskonditionen führt Herr Jahnke aus, dass kurzfristige Kredite teilweise noch zu rund 2 % aufgenommen werden könnten, während sich langfristige Kredite bereits im Bereich von etwa 4 % bewegten. Jede zusätzliche Kreditaufnahme belaste den Haushalt deutlich.

Herr Sommer ergänzt, dass die Stadt im letzten Monat rund 60.000 € an Zinsen für Liquiditätskredite gezahlt habe. Kurzfristige variable Kredite lägen derzeit etwas über 2 %, während langfristige Investitionskredite mit 20–30 Jahren Laufzeit etwa 4 % kosteten. Er weist darauf hin, dass die Liquiditätskredite voraussichtlich jährlich weiter anwachsen würden und die Zinsbelastung daher steigend sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 5 Standardberichtswesen zum 30.09.2025
Vorlage: 18/1784

Frau Schröder stellt das Standardberichtswesen zum 30.09.2025 anhand der Anlagen zur Vorlage vor.

Herr Renken bedankt sich für die Vorstellung erkundigt sich, welche Inhalte sich hinter der Haushaltsposition „Zuschüsse von privaten Unternehmen“ verbergen. Er weist darauf hin, dass dort eine Mindereinnahme von rund 360.000 € ausgewiesen sei. Die Position befinde sich unter „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ und umfasse ursprünglich geplante Einnahmen in Höhe von etwa 640.000 € bei einer entsprechenden Planabweichung von rund 359.000 €. **Herr Jahnke** sagt an dieser Stelle eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:
Die Zuschüsse von privaten Unternehmen werden in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 26.11.2025 unter TOP 13 „Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters“ vorgestellt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 7 Anfragen

Herr Strelow bittet die Verwaltung darum, den Ausschuss umgehend zu informieren, sobald das Land den Verteilungsschlüssel für die erwarteten Fördermittel festgelegt habe. Er hebt hervor, dass der Finanzausschuss anschließend eine detaillierte Darstellung der jährlichen Zuflüsse und der daraus resultierenden Zinsentlastungen benötige. **Herr Jahnke** bestätigt dies.

Herr Renken fragt, wie die Stadt Emden von den neuen landesweiten Regelungen zur Gewerbesteuer aus Offshore-Windparks profitieren könne. Er verweist darauf, dass Wilhelmshaven nach den vorliegenden Informationen mit deutlich über 36 Mio. € jährlich rechnen könne und dass auch die Stadt Norden erhebliche Steuernachzahlungen im Offshore-Bereich erhalten habe. Er möchte wissen, ob und in welchem Umfang Emden ähnliche Einnahmen erwarten könne.

Herr Jahnke erläutert, dass die Verwaltung die Rechtslage geprüft habe, nachdem erste Hinweise auf eine Änderung der Rechtsprechung bekannt geworden waren. Er führt aus, dass Emden im Gegensatz zu Städten wie Norden über keine Betriebsstätte eines Offshore-Unternehmens verfüge und daher bislang keine direkten Gewerbesteuereinnahmen aus diesem Bereich erzielen könne. Er teilt mit, dass das Land Niedersachsen plane, die Zuständigkeit für die Gewerbesteuer aus Offshore-Windparks zentral nach Wilhelmshaven zu verlagern – ähnlich wie Schleswig-Holstein dies mit Helgoland handhabe. Ziel des Landes sei es, die Offshore-Gewerbesteuer in Niedersachsen zu halten und anschließend über den kommunalen Finanzausgleich den niedersächsischen Kommunen zugutekommen zu lassen.

Herr Jahnke stellt dar, dass unklar sei, weshalb ausschließlich Wilhelmshaven als Empfänger vorgesehen sei. Der Oberbürgermeister habe bereits Kontakt mit Herrn Dr. Arning aufgenommen, um eine Überprüfung dieser einseitigen Zuweisung anzuregen, und es werde erwogen, gemeinsam mit weiteren Kommunen auf eine breitere Beteiligung hinzuwirken. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund relevant, dass Emden als Seehafen und Standort wichtiger Offshore-Aktivitäten seit Jahren zur Energiewende beitrage.

Er führt die vom Land kommunizierten Zahlen an:

- Wilhelmshaven würde durch die neue Regelung rund 110 Mio. € zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen pro Jahr erhalten.
- Davon verblieben etwa 36 Mio. € in Wilhelmshaven.
- Rund 65 Mio. € würden in den kommunalen Finanzausgleich fließen, wodurch alle anspruchsberechtigten niedersächsischen Kommunen profitieren würden.
- Zudem entfielen für Wilhelmshaven künftig Schlüsselzuweisungen, was die Verteilungsmasse für andere Kommunen erhöhe.

Er betont abschließend, dass Emden trotz fehlender eigener Betriebsstätte zumindest die Frage stellen müsse, ob eine Beteiligung weiterer Kommunen möglich sei. Dies solle auch gegenüber den kommunalen Interessenverbänden, insbesondere dem Niedersächsischen Städtetag, vorgebracht werden. Das Verfahren befinde sich aktuell noch im Anhörungsprozess.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.